

Unsere Welt



Ölgemälde aus dem Jahr 1810 von Anna Louise Girodet, *Die Revolte von Kairo 1798*, Nationalmuseum Schloss Versailles

1912 – 2012: 100 Jahre Basler Friedenskongress

Mächtiger Friedensfaktor

Die Arbeiterbewegung des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts setzte den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Rahmen des Befreiungskampfes des Proletariats nicht allein auf soziale Fragen. Mit der imperialistischen Entwicklung, so die Berliner Diplomatikerin Dr. Marga Beyer in einem Artikel zum 90. Jahrestag des Basler Friedenskongresses, sei «zunehmend die Stellung zu Krieg und Frieden» in den Fokus der dazumal vornehmlich sozialdemokratischen Bewegung geraten. Wir dokumentieren ihren Text aus «disput» vom April 2002.

Von Dr. Marga Beyer

Von Beginn ihrer Geschichte an traten Sozialdemokraten stets konsequent gegen kriegerische Handlungen und Kriegsvorbereitungen auf, verknüpften sie den Befreiungskampf mit dem Schicksal der Menschheit und bewährten sich im wahrsten Sinne des Wortes als konsequente Friedenskämpfer.

Die Losung «Diesem System keinen Mann und keinen Groschen» bestimmte die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten jahrzehntelang bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges. Als opportunistische Kräfte beim Übergang ins 20. Jahrhundert die Losung verändern wollten, verteidigte die Mehrzahl von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern die bewährte Formulierung. Der Versuch, die Losung zu verändern in «Dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen» durchschauten sie. Zwar handelte es sich nur um eine Wortveränderung, doch hätte es bedeutet, dass für die Sozialdemokraten es eines Tages möglich sein würde, einer anderen, selbstverständlich kapitalistischen, Regierung die Kriegskredite zu bewilligen. Doch die Sozialdemokraten blieben bei ihrer konsequent antimilitaristischen Losung: «Diesem System keinen Mann und

keinen Groschen» – sehr zum Ärger herrschender Kreise.

Diese konsequente Haltung brachte der deutschen Sozialdemokratie Hochachtung in der II. Internationale ein. Es setzte sich auch in der Friedensfrage immer stärker die Auffassung durch, im internationalen Rahmen die Friedensauffassungen zu manifestieren. Auf diesem Boden beschlossen die Internationalen Sozialistenkongresse in Stuttgart (1907) und in Kopenhagen (1910) Resolutionen gegen Krieg und Kriegsgefahr und erklärten das organisierte sozialistische Proletariat aller Länder zum einzigen zuverlässigen Bürgen für den Frieden der Welt.

Arbeiterklasse: Mächtiger Friedensfaktor

Trotz wachsender Friedensbemühungen wurden die Arbeiter vieler Länder vom Ausbruch des Balkankrieges im Oktober 1912 überrascht. Auf dem Balkan tobte ein Krieg sowohl um die Befreiung vom Osmanischen Reich als vor allem auch um neue Einflussphären europäischer Grossmächte auf dem Balkan. Der zunächst lokale Krieg drohte in einen Weltkrieg auszufern. Protestkundgebungen in vielen europäischen Ländern widersetzten sich den imperialistischen Expansionsgelüsten, die Wirkung auf

die politische und soziale Lage des Proletariats besaßen.

Innerhalb von zwei Wochen wurde ein Kongress vom Brüsseler Internationalen Sozialistischen Büro für den 24. und 25. November nach Basel einberufen. Unter der Losung «Krieg dem Kriege» fanden sich 555 Delegierte aus 23 Ländern zusammen. Die in sozialdemokratischen Parteien und in Gewerkschaften Organisierten signalisierten in einer gemeinsamen Aktion ihren Widerstand gegen Krieg und imperialistische Ausbeutung sowie gegen nationale Unterdrückung vieler Völker.

Die Teilnehmer waren sich sehr wohl der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bewusst, um den kriegerischen Ambitionen der Herrschenden Einhalt gebieten zu können. Doch, so wurde mehrfach betont, sei die internationale Arbeiterklasse ein mächtiger Friedensfaktor, eine reelle und ideelle Macht, die gehört zu werden verdient und sich auch Gehör zu schaffen weiss. «Selbst die Mächtigsten der Erde, auch wenn sie es natürlich nicht eingestehen, müssen mit ihr rechnen.» (1)

Der französische Schriftsteller Louis Aragon schildert in seinem Roman «Die Glocken von Basel» episodenhaft den Eindruck von der Friedenszusammenkunft. Es muss sehr bewegt gewesen sein, als sich Menschen verschiedenster Schichten dem Anliegen der Sozialistischen Internationale zuwandten und sie in ihrer Haltung bestärkten.

Am Sonntagmorgen, dem 24. November, konstituierte sich der Kon-

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Irak-Veteran: Der wahre Terrorist war ich	2
Jean Ziegler: Der Aufstand des Gewissens kommt	3
EU: Friedensnobelpreis für Waffenhändler	4
Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt jubiliert	5
UW-Reise: Kuba selbst erleben	6
Ulrich Tilgner und die Logik der Waffen	7
Vereinigung Schweiz-Vietnam: Solide solidarisch	8

Friedensnobelpreis an die Europäische Union?

Unglaublich

Angesichts der Vergabe des Friedensnobelpreises an die Europäische Union, erinnern die Mitglieder des Weltfriedensrates daran

- dass sich die Europäische Union in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend militarisiert hat, beschleunigt insbesondere nach 1999, mit ihrer entscheidenden Rolle beim gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens und später bei der brutalen militärischen Aggression gegen dieses Land, die in der völkerrechtswidrigen Abspaltung der serbischen Provinz Kosovo kulminierte.
- dass die Europäische Union seit dem NATO-Gipfel in Washington von 1999 die Rolle des europäischen Pfeilers dieses von den USA angeführten politisch-militärischen Blocks spielt. Eine Rolle, die sich seither verfestigt und gestärkt hat, insbesondere seit der Annahme des Lissabonner Vertrags von 2002. Es darf auch daran erinnert werden, dass 21 Länder der Europäischen Union gleichzeitig Mitglieder der NATO sind.
- dass die Europäische Union in den letzten Jahrzehnten sämtliche bewaffneten Aggressionen der NATO und/oder ihrer Mitglieder gegen die Souveränität und die nationale Unabhängigkeit zahlreicher Staaten unterstützt oder angeführt hat, wie etwa

gegen Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen und nun Syrien, ganz zu schweigen von den heftigen Sanktionen, welche die Völker verschiedener Länder schwer getroffen haben.

- dass die Europäische Union Haltungen einnimmt und Aktionen unterstützt, welche die Grundsätze der UNO-Charta wie die Respektierung der Souveränität der Staaten und die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten missachten und dass sie im Gegenteil eine zunehmende und stetige Militarisierung der internationalen Beziehungen fördert und dabei die Verletzung von Menschenrechten duldet wie im Fall der «CIA-Flüge» mitsamt Entführungen und Folter.

In diesem Kontext erachten es die Mitgliedsorganisationen des Weltfriedensrates gelinde gesagt als fragwürdig, wenn das norwegische Nobel-Komitee die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union mit deren Beitrag «zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa» begründet. Dies insbesondere jetzt, wo

Fortsetzung Seite 4

Gegen den Krieg

22. – 24. November 2012
Krieg und Frieden

100 Jahre Ausserordentlicher Kongress «Gegen den Krieg» der Sozialistischen Internationale von 1912 in Basel und die Frage des Friedens heute – Internationale wissenschaftliche Konferenz der Universität Basel

Die Konferenz ist öffentlich. Kollegiengebäude, Universität Basel, Petersplatz 1, Beginn 22. November 13.30 Uhr

Samstag, 24. November 2012
Gedenkfeier im Basler Münster

14.00 – 15.30 Uhr
100 Jahre Friedenskongress der sozialistischen Internationale

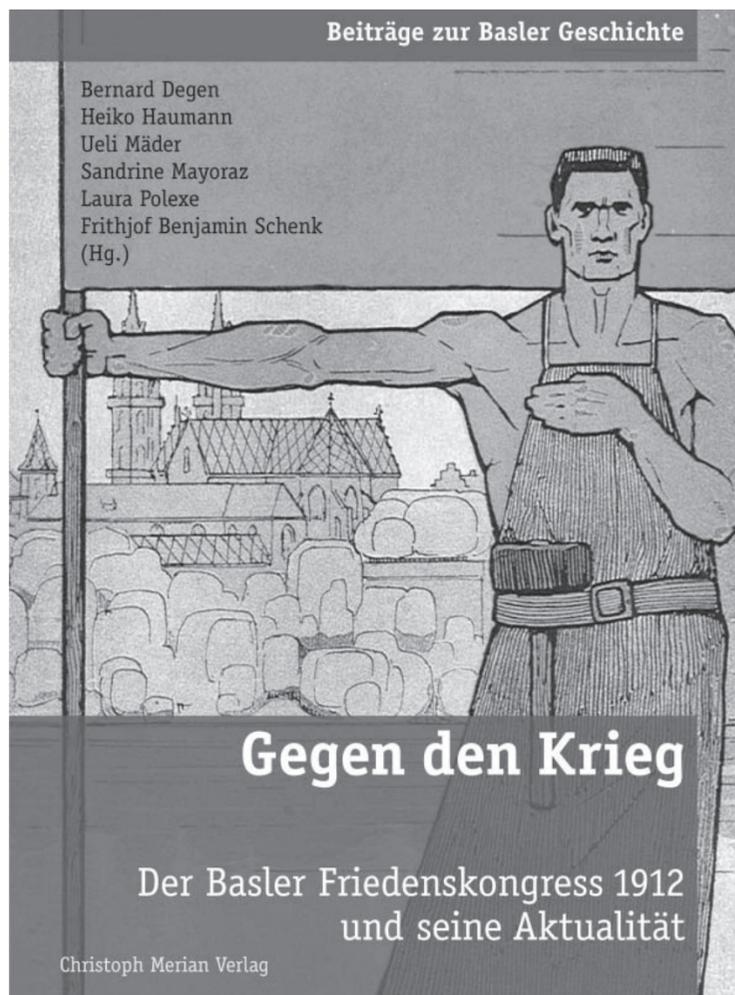
Gedenkfeier der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Montag, 26. November 2012
Gespräch mit Dr. Annelies Laschitzka, Berlin

100 Jahre Friedenskongress der Sozialistischen Internationale
19.30 Uhr, Rheinfelder Hof, Hammerstrasse 61, Basel

Annelies Laschitzka ist Biografin von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und Teilnehmerin an der Tagung der Universität Basel vom 22.–24. November zum Thema «100 Jahre Ausserordentlicher Kongress der Sozialistischen Internationale in Basel 1912 «Gegen den Krieg» und die Frage des Friedens heute».

Es laden ein u.a. Schweizerische Friedensbewegung SFB und Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt BFFF



Plakat des Basler Friedenskongresses 1912 als Buchumschlag. Bild Merian-Verlag.

Mächtiger Friedensfaktor...

Fortsetzung von Seite 1

gress. Zur gleichen Zeit begründete Pfarrer Täschler vom Münster in Basel, welche Gründe ihn und die Kirchenvorsteherschaft veranlasst hatten, den Sozialdemokraten zur feierlichen Eröffnung ihres Kongresses das Münster zur Verfügung zu stellen. «Wenn man uns einzureden versucht, der Krieg sei eine Wohltat oder eine traurige Notwendigkeit, so antworten wir, der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann.» (2)

Die Friedensbestrebungen der Sozialisten fanden einen grossen Widerhall unter den Menschen verschiedenster Anschauungen. Kerzenlichter erhellten am Nachmittag das Münster; als sich der Demonstrationszug näherte, begannen die Glocken zu läuten. Unter den Klängen der Orgel zogen Abgesandte vieler Länder mit roten Fahnen in das Kirchengebäude ein. Auch auf dem Münstervorplatz wohnten Zehntausende der imposanten Kundgebung bei. Bertha von Suttners Losung «Die Waffen nieder!» führten die Teilnehmer in ihren Reihen ebenso mit wie die Worte aus dem Kommunistischen Manifest: «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!»

Am nächsten Tag verabschiedete der Kongress ein Manifest. Jean Jaurès hatte es vorgetragen und zur Abstimmung unterbreitet. Einmütigkeit herrschte bei der Abstimmung. Mit diesem Friedensmanifest stellten sich die Sozialisten und Gewerkschafter die Aufgabe, gemeinsam

gegen Krieg und die imperialistischen Bestrebungen der einzelnen europäischen Länder vorzugehen. In ihrer Forderung nach Völkerfrieden formulierten sie ihre Entschlossenheit gegen Profitwut, Machtgier und Menschenschlächtere. Sie traten für Völkerfreiheit und Menschheitsglück ein und verstanden sich als Garant für eine friedliche Entwicklung.

Konkrete Aufgaben

In Anlehnung an die internationalen Beschlüsse von Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910), in denen vor allem die Verhinderung von Kriegen als Aufgabe formuliert worden war, galt es nunmehr, den weiteren Teil der Forderungen umzusetzen: dem Krieg mit den dem organisierten Proletariat zur Verfügung stehenden Mitteln schnellstmöglich ein Ende zu bereiten und Garantien für eine demokratische und friedliche Entwicklung zu schaffen.

In diesem Sinne – und das war erstmalig – ging die Sozialistische Internationale von einer allgemein gehaltenen Deklaration ab und formulierte bzw. konkretisierte Aufgaben für die jeweiligen Parteien. Die sozialdemokratischen Parteien des Balkans sollten die Forderung nach einer demokratischen Föderation auch weiterhin erheben und alles daran setzen, dass bisherige Errungenschaften von den Herrschenden nicht missbraucht werden können. Die Sozialisten des Balkans hatten die Pflicht, jegliche Entrechtung der Völker zu bekämpfen, gegen nationalen Chauvinismus vorzugehen und für die Verbrüderung aller Balkanvölker, einschliesslich der Albaner, Türken und Rumänen einzutreten.

Die Sozialdemokratischen Parteien Österreichs, Ungarns, Kroatiens, Serbiens und anderer sollten für eine demokratische Selbstregierung eintreten und die Ausbreitung kolonialer Machtgelüste Österreich-Ungarns verhindern. Die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns und die Sozialisten Italiens erhielten den Auftrag, sich der albanischen Frage besonders zu widmen. Der Kongress erkannte ausdrücklich das Recht des albanischen Volkes auf Autonomie an und forderte für Albanien einen selbständigen Platz in einer demokratischen Balkanföderation.

Der Kongress anerkannte die Streikbewegung und das politische Aufbegehren des russischen Proletariats und forderte dazu auf, dass es seine ganze Kraft auf die Erneuerung des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Zarismus konzentrierte. Das Manifest wandte sich speziell an die Arbeiter in Deutschland, England und Frankreich. Die herrschenden Klassen dieser Länder wurden als die grösste Gefahr für den Weltfrieden charakterisiert. Die Arbeiter dieser Länder sollten sich dafür einsetzen, dass ihre Regierungen gegenüber den Kriegswirren auf dem Balkan Neutralität bewahren, das Wettrüsten untereinander einstellen und somit dem Friedenswillen vieler Menschen und Völker zum Durchbruch verhelfen. Gegen die Grossmachtgelüste vor allem in England und Deutschland sowie die Flottenrüstungen dieser Länder galt es aufzutreten.

Gegen den Krieg der Herrschenden

Die Arbeiter, so wurde im Manifest betont, empfanden es als Verbrechen, in Kriege gehetzt zu werden und aufeinander zu schießen – im Interesse des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes von Dynastien und zu «Ehren» diplomatischer Geheimverträge. Die Sozialisten warnten die Kriegstreiber vor den Folgen ihres Tuns. Sie erinnerten daran, dass der Deutsch-Französische Krieg 1870/1871 die «Pariser Kommune» zur Folge hatte und

der Russisch-Japanische Krieg 1905 zum Ausbruch der demokratischen Revolution in Russland führte. Die Arbeiter strebten in dieser Zeit keine Revolution an, schlossen sie aber auch nicht als Antwort auf die unverantwortlichen Kriegstreiber der Herrschenden aus.

Das Manifest endete mit den Worten: «Sorgt dafür, dass die Regierung beständig den wachsam und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!» (3)

Die Teilnehmer am Baseler Kongress konnten nicht wissen, dass er die traditionsreiche und mutige Geschichte der II. Internationale beendete. Sie konnten weitere kriegerische Auseinandersetzungen und den baldigen ersten Weltkrieg nicht verhindern; auch nicht, dass die beiden Hauptredner des Kongresses, Jean Jaurès und Hugo Haase in Frankreich und Deutschland Mörderhänden zum Opfer fielen. Doch sie hatten alles versucht, was in ihren Kräften stand, um Kriege im Interesse der Menschheit zu verhindern. Sie haben sich vor aller Welt gegen den Krieg der Herrschenden gestellt und deren Bestrebungen entlarvt. Im Jahre 1912 gaben sie auch die für die heutige Zeit sehr aktuelle Losung aus: Kampf gegen Profitwut, Machtgier und Menschen-

schlächtere! Kampf für Völkerfreiheit, Völkerfrieden und Menschheitsglück!

In der Tradition der Arbeiterbewegung

Die Sozialisten des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts kämpften entschlossen gegen Krieg und Militarismus. Sie widersetzten sich als Internationalisten einem mächtigen Gegner: den herrschenden Klassen in den europäischen Ländern. Noch waren ihre Anstrengungen nicht von Erfolg gekrönt. Sie liessen sich dennoch nicht entmutigen. Sie waren davon überzeugt, dass ihre Bemühungen in der Geschichte weitaus mehr zählten als alle kriegerischen Handlungen. Die Friedensanhänger hatten sich vor aller Welt gegen den Krieg der Herrschenden gestellt und die Ursachen für Krieg und Imperialismus entlarvt. Dieses Handeln prägt bis zum heutigen Tag die Traditionen der Arbeiterbewegung und beeinflusst die Friedensbestrebungen in vielen Ländern.

Anmerkungen

¹Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912. Berlin 1912, S. 6.

²Ebenda, S. 52.

³Ebenda, S. 23 – 27. Siehe auch: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band IV, Berlin 1975, S. 433 – 437.

Ein Veteran des Krieges gegen den Irak spricht Klartext

Der wahre Terrorist war ich

Die Arbeiter, so wurde am Basler Friedenskongress von 1912 betont, «empfinden es als Verbrechen, in Kriege gehetzt zu werden und aufeinander zu schießen – im Interesse des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes von Dynastien und zu «Ehren» diplomatischer Geheimverträge». Ähnlich argumentiert knapp hundert Jahre später der junge US-Veteran Mike Prysner in einer vielbeachteten Ansprache vor Kriegsgegnern. Wir dokumentieren seinen Text von Ende 2009 in einer Übersetzung von denkbonus.

Von Mike Prysner

Ich wollte immer stolz auf meinen Einsatz sein, aber ich konnte nur Scham empfinden. Die Tatsache der Besetzung war nicht mehr durch Rassismus zu übertünchen. Das waren Leute, menschliche Wesen. Seither quälen mich jedesmal Schuldgefühle wenn ich einen alten Mann sehe, wie den, der nicht laufen konnte, den wir auf eine Trage rollten und die irakische Polizei anwies, ihn wegzubringen. Wenn ich eine Mutter mit ihren Kindern sehe wie die, die wild weinend schrie, wir seien schlimmer als Saddam, als wir sie aus ihrem Haus trieben. Wenn ich ein junges Mädchen sehe wie jenes, das ich am Arm packte und auf die Strasse zerrte.

Man sagte uns, wir kämpfen gegen Terroristen. Doch der wahre Terrorist war ich und der wahre Terror diese Besetzung. Rassismus war lange im Militär ein wichtiges Mittel um die Zerstörung und Besetzung anderer Länder zu rechtfertigen. Er wurde als Rechtfertigung für das Töten, Unterjochen und Foltern der Völker benutzt.

Die Regierung benutzt den Rassismus als zentrale Waffe. Er ist wichtiger als ein Gewehr, ein Panzer oder ein Bomber oder ein Schlachtschiff, zerstörerischer als eine Granate oder ein Bunkerbrecher oder eine Missile. All diese Waffen, die die Regierung erschafft und besitzt sind harmlos ohne die Menschen, die sie einsetzen. Die, die uns in den Krieg schicken, müssen den Abzug nicht ziehen oder einen Mörser herumwuchten. Sie müssen den Krieg nicht kämpfen, nur verkaufen. Sie brauchen eine Öffentlichkeit die dazu bereit ist, ihre Soldaten auf den Weg des Verderbens zu schicken, die bereit sind zu töten und

getötet zu werden, ohne zu fragen. Sie können Millionen für eine einzige Bombe ausgeben, aber die ist erst dann eine Waffe, wenn die Militärs dazu bereit sind, den Einsatzbefehl auszuführen. Sie können den letzten Soldaten überall auf der Welt hinschicken – aber Krieg gibt es nur, wenn die Soldaten auch dazu bereit sind, zu kämpfen.

Die Klasse der Herrschenden, die Milliardäre, die vom Leid der Menschen profitieren, sind nur auf Bereicherung und Kontrolle der Weltwirtschaft aus. Sie haben nur Macht, wenn sie uns überzeugen können, das Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung in unserem Interesse liegen. Sie wissen, dass ihr Reichtum davon abhängt, dass sie die arbeitende Klasse dazu bringen können zu sterben, um die Märkte anderer Länder zu kontrollieren. Um uns zum Töten und Sterben zu bringen müssen sie uns weismachen, dass wir irgendwie etwas Besseres sind. Soldaten, Mat-

rosen, Flieger, Marines, sie alle haben gar nichts von dieser Besetzung. Die grosse Mehrheit der Menschen in den USA hat nichts von dieser Besetzung. Tatsächlich haben wir nicht nur keinen Vorteil davon, sondern leiden darunter. Wir verlieren Gliedmassen, erleiden Traumata und geben unser Leben. Die Familien müssen zusehen, wie mit Fahnen bedeckte Säрге in der Erde versenkt werden.

Millionen in diesem Land ohne medizinische Versorgung, ohne Job, ohne Ausbildungsplatz sehen zu, wie diese Regierung 450 Millionen Dollar am Tag für diese Besetzung verschleudert. Arme, schuftende Menschen in diesem Land werden ausgeschickt, um arme, schuftende Menschen in einem anderen Land zu töten, um die Reichen reicher zu machen. Ohne den Rassismus würde den Soldaten klar werden, dass sie mit dem irakischen Volk mehr gemeinsam haben als mit den Milliardären, die sie in den Krieg schicken.

Ich habe im Irak Familien auf die Strasse geworfen nur um nach Hause zu kommen und hier auf die Strasse geworfene Familien vorzufinden. Es ist eine tragische und unnötige Zwangsvollstreckungskrise. Wir müssen aufwachen und erkennen, dass unsere Feinde nicht in einem fernen Land sitzen. Das sind keine Leute, deren Namen wir nicht kennen und auch keine Kulturen, die wir nicht verstehen. Der Feind, das sind Leute, die wir sehr wohl kennen, Leute, die wir identifizieren können. Der Feind ist ein System, das Krieg anzettelt – wenn es Profit bringt. Der Feind sind die Vorstände, die uns feuern – wenn es Profit bringt. Die Versicherungen, die uns eine Behandlung verweigern – wenn es Profit bringt. Die Banken, die uns unser Heim wegnehmen – wenn es Profit bringt. Unser Feind ist nicht 5000 Meilen entfernt, sondern genau hier zuhause.

Wenn wir uns organisieren und gemeinsam mit unseren Brüdern und Schwestern kämpfen, können wir den Krieg beenden, diese Regierung stoppen und eine bessere Welt schaffen.



«Nur keine Panik: Wenn das Erdöl einmal alle ist, können wir ja immer noch Kriege um das Wasser führen.» Karikatur Rafael Borroto, ACCS

Freitag, 23. November

Hände weg von Syrien – Bündnis gegen Krieg

Die aktuelle Lage in Syrien jenseits der Medienmanipulation und die Schweiz

Haus Union, 19.30 Uhr
Klybeckstr. 95, 2. Stock

• Maamoun Chawki
• Nationalrat Geri Müller

Vortrag und Diskussion.
Eintritt frei – Kollekte

Jean Ziegler über den alltäglichen Skandal des Hungers

Der Aufstand des Gewissens kommt!

Jean Ziegler wurde als Hans Ziegler in Thun geboren. Den Vornamen Jean verdankt er Simone de Beauvoir, die «Hans» für einen Autoren als inakzeptabel einstufte. Ziegler, Bürger der Republik Genf, ist Soziologe und emeritierter Professor der Universität Genf sowie der Sorbonne in Paris. Genfer SP-Nationalrat von 1967 bis zu seiner Abwahl 1983 und erneut von 1987 bis 1999, wirkte er 2000 bis 2008 als Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung. Er ist Träger verschiedener Ehrendoktorate und internationaler Preise wie des Internationalen Literaturpreises für Menschenrechte (2008). Mit Jean Ziegler sprach in Berlin ND-Redaktor Martin Ling. Der Abdruck des Interviews erfolgt mit ausdrücklicher Genehmigung von Jean Ziegler und des ND.

Von Martin Ling

Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind unter zehn Jahren an Hunger. Für Medien hat das einen Nachrichtenwert wie «Hund beisst Mann». Der alltägliche Skandal findet in den Medien nicht statt. Schlagzeilen machen «nur» eskalierende Hungerkrisen, die spektakuläre Bilder liefern. Welche Erwartungen hegen Sie mit ihrem Buch «Wir lassen sie verhungern»*, das den alltäglichen Hunger thematisiert?

Zu allererst wollte ich mit diesem Buch eine Bilanz über meine Tätigkeit als erster UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung (2000–2008) vorlegen. Nun kann ich endlich offen sagen, wer die Halunken sind und worin die Hoffnung liegt, den Kampf gegen den Hunger erfolgreich zu führen. Das tägliche Massaker des Hungers ist ein nicht hinnehmbarer Skandal: 18 Millionen Menschen sterben jährlich an Hunger, Unterernährung und daraus resultierenden Mangelkrankheiten. Hunger ist bei weltweit 70 Millionen Toten im Jahr die mit Abstand führende Todesursache.

An einem objektiven Mangel an Nahrung liegt das nicht ...

Keineswegs. Das geschieht auf einem Planeten, der vor Reichtum überquillt. Der World-Food-Report der Welternährungsorganisation FAO dokumentiert diesen Widerspruch augenscheinlich: Er beziffert die Zahl der permanent Unterernährten auf eine Milliarde – ein Siebtel der Menschheit. Andererseits sagt exakt dieser Bericht, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase der Entwicklung der Produktionskräfte problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren könnte – also fast das Doppelte der Weltbevölkerung. Karl Marx dachte noch, dass der objektive Man-

gel den Menschen über Jahrhunderte begleiten würde. Aber der objektive Mangel ist überwunden. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet. Das Fazit ist eindeutig: Es gibt keinen objektiven Mangel, es gibt ein objektives politisches Versagen.

Wer sind denn die Halunken?

Vor allem die zehn weltweit führenden Nahrungsmittelkonzerne. Entscheidend ist der Zugang zur Nahrung. Und wer entscheidet darüber? Die zehn Konzerne wie Cargill, Archer Midland, Bunge oder Louis Dreyfus, die weltweit 85 Prozent des Handels mit Grundnahrungsmitteln beherrschen. Diese Konzerne entscheiden jeden Tag – über ihren Einfluss auf die Preisbildung – ganz konkret, wer lebt und wer stirbt.

Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy setzte das Thema hoher Nahrungsmittelpreise Anfang 2011 prominent auf die Agenda der G20-Staaten, den mächtigen Industrie- und Schwellenländern. Die G20 haben sich auf ein sogenanntes Rapid-Response-Forum geeinigt, das in Krisenfällen für schnelle Antworten sorgen soll. Ein Schritt in die richtige Richtung?

Ein Ablenkungsmanöver. Es stimmt, faktisch gibt es nun ein Rapid-Response-Forum. Aber was ist aus den vollmundigen Ankündigungen von Sarkozy im Oktober 2011 vor dem G20-Gipfel in Cannes geworden? Nichts. Gastgeber Sarkozy hatte vorab angekündigt, dass die G20 den Nahrungsmittelspekulanten das Handwerk legen würden. Und was steht davon im Schlusskommuniqué von Cannes? Kein Wort, nichts, weil inzwischen die Konzerne mobilisiert hatten und klar stellten: Das kommt nicht in Frage. Die G20 haben zwar das Problem richtig erkannt und benannt, angegangen mit klaren gesetzlichen Regelungen sind sie es nicht.

Taugt das Rapid-Response-Forum überhaupt nicht?

Das Rapid-Response-Forum ist ein reines Informationssystem. Das kann nützen, aber nicht viel. Die FAO macht das bereits, hat ein Frühwarnsystem über sich abzeichnende Ernteausfälle und Preiserhöhungen. Damit mag sich die Soforthilfe besser organisieren lassen, aber das geht in Bezug auf die Ursachen des Hungers total an der Sache vorbei. Der Skandal ist, dass die mächtigen Konzerne und die Finanzoligarchien über ihren Lobbyismus die internationalen Institutionen beherrschen – sei es den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank oder die Welthandelsorganisation (WTO). Diese drei Weltorganisationen des Kapitals beherrschen wiederum weithin die demokratisch gewählten Regierungen der Herrschaftsländer des Westens.

Eindeutig ist: Die Lebensmittelpreise zeigen in den letzten sechs, sieben Jahren trotz Schwankungen eine klare Tendenz nach oben. Fast alle Experten wie der Sprecher des Welternährungsprogramms (WFP), Ralf Südhoff, halten die Spekulation für einen der gewichtigsten Preistreiber. Wie könnten die Regierungen sie bekämpfen?



Foto Bastian Moser/nd

Die Tendenz ist in der Tat überdeutlich: Seit zwölf Monaten ist der Maispreis auf dem Weltmarkt um 63 Prozent gestiegen. Der Preis für die Tonne Weizen hat sich verdoppelt. Der Weltmarktpreis für Reis ist um 31,8 Prozent gestiegen. Und was passiert? Die Investmentbank Goldman Sachs legt munter neue Derivate auf, statt auf faule Immobilienkredite aber jetzt auf Soja, Reis, Mais oder Weizen. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln läuft ungebremst weiter, Sie ist durchaus legal.

Ist Spekulation auf Märkten nicht «normal»?

Mag sein. Aber sie könnte in Deutschland morgen gestoppt werden. Dafür reichte ein Bundestagsbeschluss, der das Börsengesetz entsprechend ändert. Jedes Land hat die gesetzgeberischen Möglichkeiten, die Spekulation einzudämmen. Allein 2008/2009 hat der internationale Bankenbanditismus 85 Billionen Dollar an Vermögenswerten vernichtet – die sogenannte Finanzkrise. Seither sind die grossen Hedge-Fonds und Grossbanken massiv auf die Rohstoffbörsen umgestiegen – insbesondere auf die Nahrungsmittelbörsen und machen dort astronomische Profite. Damit gefährden und zerstören sie das Leben von Millionen Menschen in der Dritten Welt. Nach der aktuellen Weltbankstatistik leben 1,2 Milliarden Menschen in extremer Armut, das heisst statistisch von weniger als 1,25 Dollar pro Tag.

1,25 Dollar pro Tag ist aus westeuropäischer Sicht unvorstellbar. Wie haben Sie solche Verhältnisse konkret erlebt?

Zum Beispiel in den Favelas von Rio de Janeiro und Sao Paulo, in den Calampas von Lima, in den Slums von Karatschi. Die Mütter haben dort

ganz wenig Geld, um die nötigen Nahrungsmittel zu kaufen. Und wenn die Preise explodieren, gehen die Kinder an permanenter schwerer Unterernährung zugrunde. Kennen Sie Karatschi ein wenig?

Nein.

Und Lateinamerika?

Ja, von Kuba bis Venezuela.

Kuba fällt positiv aus dem Rahmen. Dort gewährleistet die Libreta (Bezugsheft für Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs, d. Red.) grundlegend und tatsächlich das Recht auf Nahrung.

Die Zukunft der Libreta wird im Zuge der Reformen diskutiert. Kuba stellt sich die Frage, ob es angesichts knapper Mittel nicht sinnvoller wäre, «nur» die Bedürftigen zu subventionieren statt alle Bürger und Bürgerinnen. Wie sehen Sie das?

Sie werden das Richtige entscheiden. Kuba verteidigt ich aus Überzeugung. In Kuba essen die Kinder, gehen zur Schule, werden gepflegt, Punkt. Auf diesem Kontinent ist das schon sehr viel.

In Kuba gibt es bis dato auf alle Fälle keine Spekulation mit Nahrungsmitteln und auch kein Land Grabbing (Landraub) durch internationale Investoren. Was trägt das Land Grabbing zur Verschärfung des Hungers bei?

Immens viel. Laut Weltbankstatistik sind 2010 allein in Afrika 41 Millionen Hektar Ackerland dem Land Grabbing zum Opfer gefallen. Die Grosskonzerne profitieren von der in Afrika weit verbreiteten autochthonen Korruption. Ein Beispiel ist Kameruns Langzeitherrscher Paul Biya. Biya ist total korrupt und seit fast 30 Jahren an der Macht – gestützt vom

US-amerikanischen Geheimdienst und von Frankreich. Kamerun bietet jede Menge fruchtbares Agrarland und ist wunderschön. Bolloré, Vilgrain und andere Grosskonzerne aus Frankreich haben zehntausende von Hektar Ackerland übernommen. Sie produzieren für den Export, zum Beispiel Bioethanol. Die Armee vertreibt die Bauern in die Slums von Douala und Jaunde. Kinderprostitution, Zerstörung der Familien, permanente Arbeitslosigkeit sind die Folgen. Das funktioniert nur aufgrund der Komplizenschaft zwischen Konzernen und der nationalen Elite um Biya. Aber die Komplizenschaft ist sekundär. Die treibenden Akteure sind die ausländischen Konzerne. Land Grabbing ist in der Tat eines der Hauptprobleme heute.

Ein traditionelles Problem für den Süden sind die Exportsubventionen für die nördliche Agrarindustrie. Ist da Besserung in Sicht?

Nicht im Ansatz. Die Agrar- und Export-Subventionen der Industriestaaten sind mit Abstand am verheerendsten. Diese Subventionspolitik tötet Menschen. Lebensmittel aus der EU überschwemmen Afrikas Märkte. Sie können dort fast überall Produkte aus Deutschland, Frankreich oder Griechenland kaufen, die ein Drittel billiger sind als die einheimischen. Kein Wunder, schliesslich haben im Jahr 2010 die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vereinigten Staaten ihre Bauern mit 349 Milliarden Dollar unterstützt. Damit zerstören sie die Lebensgrundlage von Millionen Kleinbauernfamilien und stossen sie ins Elend. Und wenn sie dann auf der Arbeitssuche nach Europa flüchten, versucht die EU, das mit militärischen Mitteln (Frontex) zu verhindern.

In Deutschland sind ein paar Banken aus dem Rohstoffhandel ausgestiegen, die Commerzbank, die DekaBank der Sparkassen und die Landesbank Baden-Württemberg, die Deutsche Bank hat eine Denkpause eingelegt und eine Studie in Auftrag gegeben. Zeichnet sich ein Wandel ab?

Nein. Die Banken sagen viel, wenn der Tag lang ist. Die kannibalische Weltordnung lässt ethisches Bankverhalten letztlich gar nicht zu. Ich rede mit Bankern, zum Beispiel vom Jabre-Fonds in Genf, und kann ihr Verhalten durchaus nachvollziehen. Die sagen mir ganz klar, dass sie im Auftrag ihrer Kunden handeln. Die reichen Anleger wünschen eine möglichst profitable Geldanlage. Die Verpflichtung des Fonds sei es, nach den lukrativsten Anlagemöglichkeiten zu suchen. Verpflichtung?! Gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein hat da keinen Platz. Es geht um strukturelle Gewalt. Jean-Paul Sartre sagt: «Um die Menschen zu lieben, muss man sehr stark hassen, was sie unterdrückt.» Nicht wer sie unterdrückt. Die kannibalische Weltordnung besteht aus der strukturellen Gewalt. Wenn Peter Brabeck-Letmathe, der Chef des weltgrössten Nahrungsmittelkonzerns Nestlé, den Erwartungen der Shareholder (Aktionäre) nicht genügt, es ihm nicht gelingt, den Börsenkurs um so und so viele Prozent pro Jahr hinaufzutreiben, dann ist er seinen Job los. Insofern halte ich es auch für reine Augenwischerei, wenn Banken nun ankündigen, sie würden aus dem lukrativen Rohstoffhandel aussteigen. Es sei denn, es wird gesetzlich angeordnet. Die Parlamente haben dazu die Möglichkeiten, auch der Deutsche Bundestag.

Dass ein Land vorprescht und die Nahrungsmittelspekulation verbietet, ist nicht absehbar.

Doch. In Spanien hat die Vereinigte Linke im spanischen Parlament

Fortsetzung Seite 4



*)Ein faktenreiches Sachbuch über den Hunger in der Welt: Der Hunger ist kein Schicksal, er ist das Werk von Menschen und kann von Menschen besiegt werden.

Jean Ziegler: Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt. C. Bertelsmann Verlag, München 2012, 320 Seiten, Fr. 28.50. Zu beziehen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89



Den Hunger töten – nicht den Menschen (Kubanisches Plakat von Jorge Carlos Cintrón Suarez/ACCS)

Der Aufstand...

Fortsetzung von Seite 3
eine Gesetzesvorlage zum Verbot der Börsenspekulation mit Nahrungsmitteln eingebracht. Nach einem neuen UNICEF-Bericht vom Mai 2012 sind als Folge der absurden Austeritätspolitik der konservativen Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rajoy 2,2 Millionen spanische Kleinkinder unter zehn Jahren permanent schwerst unterernährt. In Spanien, mitten in Europa! Und es gibt ähnliche Zahlen für England, Oxfam hat darüber eine Erhebung gemacht. Der wild wütende Raubtierkapitalismus rückt immer weiter vor nach Europa. Die hohen Lebensmittelpreise zerstören längst Familien in der Dritten Welt, in Lateinamerika, in Südasiens und so

dem. Und man kann die Bundesregierung stürzen oder dazu zwingen, ihre Politik radikal zu ändern, was die Nahrungsmittelverteilung auf dem Planeten anbetrifft. Es ist durchaus möglich, dass bei der nächsten Tagung des Internationalen Währungsfonds die Totalentschuldung der 50 ärmsten Länder der Welt beschlossen wird statt zig Milliarden den Gläubigerbanken zu zahlen. Das wäre eine Entscheidung für die hungernden Kinder statt für die reichen Bankiers. Alle die mörderischen Mechanismen von Spekulation bis zum Land Grabbing sind Menschen gemacht – alle können demokratisch morgen früh gebrochen werden. Was bis jetzt noch fehlt, ist das organisierte kollektive Widerstandsbewusstsein der Zivilgesellschaft. Aber das kommt. Der Aufstand des Gewissens, der kommt, der steht bevor. Er kündigt sich bereits an. Die Welt ist in Bewegung. Dafür sorgen Attac, Greenpeace, auch einige kirchliche Hilfswerke wie die Caritas, Care, Brot für die Welt etc. Das sind lebendige Organisationen. Sie machen mehr und mehr Druck.

Wo?
Zum Beispiel in vielen Ländern des Südens, auch wenn die europäische Presse darüber schweigt – das «neue Deutschland» ist wahrscheinlich eine der wenigen Ausnahmen. Da sind die Bauernaufstände. Unglaublich, was da passiert in Honduras, auf den Philippinen, in Indonesien oder im Norden Senegals. Dort kämpfen Bauern mit blossen Händen oder mit ganz wenigen Waffen darum, ihr Land zurückzugewinnen. Es gibt blutige Auseinandersetzungen jenseits der Öffentlichkeit. Oder in Indien die Basisbewegung um Rajagopal. Die Ekta Parishad (Solidarischer Bund) setzt sich dort mit gewaltfreien Methoden für die Rechte der unterdrückten Bauern ein. Oder die brasilianische Landlosenbewegung MST. Dort sind 4 Millionen landlose Bauern organisiert – in einer Bewegung, das ist doch grossartig. In all diesen Bewegungen ruht grosse Hoffnung.

Wie wichtig ist das Weltsozialforum zur Vernetzung dieser Bewegungen von unten?

Sehr wichtig. Die Via Campesina ist eine internationale Bewegung von Kleinbauern, Pächtern, Tagelöhnern und Landarbeitern. Die Via Campesina – 140 Millionen Mitglieder – hat auf den Weltsozialforen und darüber hinaus eine unglaubliche Arbeit bei der Vernetzung der kleinbäuerlichen Bewegungen geleistet und umfasst inzwischen mehr als 100 Organisationen aus Europa, Amerika, Asien und Afrika. Sicher gibt es derzeit in Afrika keine so individuell herausragenden Figuren wie Präsident Thomas Sankara aus Burkina Faso, der 1987 in seinem Heimatland ermordet wurde. Aber es gibt diesen kollektiven Widerstand und der ist grossartig. Sie haben unsere Solidarität mehr als verdient.

Die Via Campesina setzt sich auch für eine völkerrechtlich bindende Erklärung ein, die die Rechte von Kleinbauern und ländlicher Bevölkerung festschreiben soll. Derzeit wird im Menschenrechtsrat in Genf über einen entsprechenden Antrag, den Bolivien eingebracht hat, diskutiert. Sie sind Vizepräsident des beratenden Ausschusses für Menschenrechte. Rechnen Sie mit einem Erfolg?

Ich hoffe darauf. Die Revolution ist wie gesagt ein mysteriöser Prozess. Immanuel Kant schreibt: «Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.» Der Aufstand des Gewissens steht bevor.

Quelle: Neues Deutschland (nd), 29.9.2012

EU und Friedensnobelpreis...

Fortsetzung von Seite 1

in der Europäischen Union eine Reihe von Situationen und Entwicklungen zu beobachten ist, die nicht nur zu einem Anstieg der Ungleichheit und der sozialen Ungerechtigkeit sondern auch zu Beziehungen zwischen den Staaten geführt haben, die von wirtschaftlicher und gar politischer Dominanz der einen Staaten über die andern geprägt sind – eine Realität die weit entfernt ist von der «Brüderlichkeit unter den Völkern» oder dem «Kongress des Friedens», mit welchen Alfred Nobel in seinem Vermächtnis von 1895 die Kriterien für die Vergabe des Friedensnobelpreises umrissen hatte.

Die Europäische Union ist bei weitem nicht die Erfüllung der so genannten «Mission zur Verbreitung von Frieden, Demokratie und der Achtung der Menschenrechte in der Welt», die ihr einige zuschreiben möchten, ganz im Gegenteil. Frieden in Europa nach dem zweiten Weltkrieg war ein Sieg der Völker und des Strebens nach Frieden von Millionen von Bürgern, unter ihnen unzählige Aktivisten aus der starken und breiten Bewegung für den Frieden, die sich nach 1945 zu entwickeln begann.

Theorie und Praxis der Europäischen Union sind weit entfernt von den Werten und Grundsätzen, welche noch die historische Konferenz von Helsinki 1975 verkündet und verabschiedet hatte: Achtung der Souveränität; Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt; Achtung der territorialen Integrität der Staaten; friedliche Beilegung von Konflikten; Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten; die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten; Selbstbestimmungsrecht der Völker; und Zusammenarbeit zwischen den Staaten – Werte und Grundsätze, die auch der Charta der Vereinten Nationen zugrunde liegen.

Wie 2009, mit der Übergabe des Friedensnobelpreises an den neugewählten US-Präsidenten Barack Obama, trägt auch die Preisverleihung an die Europäische Union nicht dazu bei, dieser Auszeichnung Glaubwürdigkeit und Ansehen zu verschaffen.

Vom Europa-Meeting des Weltfriedensrat Ende Oktober in Brüssel verabschiedeter Text in der Übersetzung der UW. Die unterzeichnenden Mitglieder des Weltfriedensrates standen bei Drucklegung der UW noch nicht fest.

Friedensnobelpreis für Waffenhändler

Kann es alleiniges Kriterium für die Vergabe eines Friedensnobelpreises sein, wenn mit einer Staatenunion verhindert wird, dass sich deren Mitglieder gegenseitig bekriegen? UZ-Redaktor Günther Pohl meint nein.

Von Günther Pohl

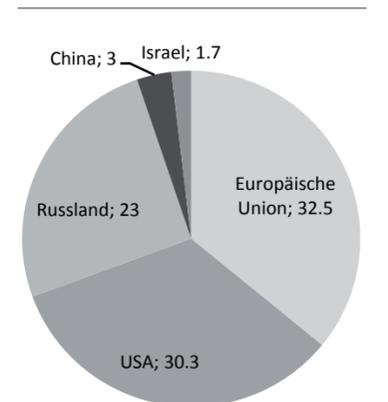
Nein, ich will nicht die anteilig allen 500 Millionen EU-Bürgern zustehenden 0,19 Cent vom Preisgeld. Auch die Frage, wie sehr sich ein Nobelpreiskomitee überflüssig macht, dessen Friedenspreisträgerliste Namen wie die von Barack Obama, Al Gore, Kim Daejung, Shimon Peres, Frederik Willem de Klerk, Michail Gorbatschow, Tenzin Gyatso (Dalai Lama), Lech Walesa oder Henry Kissinger trägt, interessiert eigentlich immer weniger.

Neunzehn Mal gab es keinen Friedensnobelpreis, darunter 1914, 1915, 1916 und 1918 sowie 1939, 1940, 1941, 1942 und 1943. 1917 und 1944 ging er aber an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes. Es gab dafür gute Gründe. Interessant ist daher eher die Frage, warum der Grundsatz, dass der Friedensnobelpreis jemandem zugesprochen werden sollte, der/die sich im letzten Jahr um den Frieden verdient gemacht hat, nicht mehr gilt. Ginge es danach, könnte ein Blick auf 2011 und 2012 in den EU-Staaten eher zum Schluss führen, dass diese Union sich kurz vor einem Krieg befindet, zumindest in der verbalen Vorbereitung dafür.

Das Nobelpreiskomitee beruft sich darauf, dass die europäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Phase führte, die lang wie nie zuvor Kriege in Europa verhindert hat. Was damit allerdings die Institution «Europäische Union» zu tun hat, liegt ebenso im Nebel wie auch verschleiert wird, zu welchem Zweck genau diese ursprünglich entstand: nämlich als Block gegen die sozialistischen Staaten Osteuropas. Das war Kalter Krieg und keine Entsendung weisser Tauben nach Moskau.

Kaum waren diese Gegner aus dem Wege, ging man – auch mit freundlicher Unterstützung aus Brüssel – an die Zerstückelung Jugoslawiens. Heute sind EU-Staaten in die Eskalationen in Libyen oder Syrien militärisch oder politisch verwickelt. Der Vollständigkeit halber sollte noch hinzugefügt werden, dass im Lissabon-Vertrag die 27 Mitglieder im Rahmen

der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu «schrittweiser Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten» (Art 42, Absatz 3) verpflichtet werden. Von den Rüstungsexporten in alle Welt einmal abgesehen.



Prozentuale Anteile am weltweiten Rüstungsexport 2006–2010. Quelle SIPRI, Grafik UW

Besondere Freude kam bei der Nachricht über die Vergabe des Friedensnobelpreises sicher auch bei den Hinterbliebenen der im Mittelmeer Ertrunkenen oder der zurück in den Tod in Krisengebiete geschickten Flüchtlinge auf.

Warum nicht gleich die USA?

Drei Viertel der NorwegerInnen lehnen den Preis an die Europäische «Friedens»Union ab. Erstmals findet deswegen auch nicht der traditionelle Fackelmarsch des Osloer Friedenshauses statt. Es kann eben kein alleiniges Kriterium sein, wenn mit einer Staatenunion verhindert wird, dass sich deren Mitglieder gegenseitig bekriegen. Dann käme eine andere Staatenunion doch wohl vorher an die Reihe, die sich 1787 mit ihrer Verfassung zusammenschloss: die von Nordamerika, wo es seit fast hundertfünfzig Jahren keine Kriege mehr gab. Das traut sich das Nobelpreiskomitee dann wohl doch nicht.

Quelle: Unsere Zeit (UZ)

Jean Ziegler liest in Basel

Montag, 03. Dezember 2012, Thalia Basel, Freistrasse 32, Türöffnung 19.30 Uhr.

Lesung & Gespräch zum Buch «Wir lassen sie verhungern». Moderation Markus Somm, Chefredakteur Basler Zeitung. Eintritt Fr. 15.– (mit Thalia Bonuskarte gratis). Vorverkauf/Reservation empfohlen: EG Falknerstrasse 11, 061 264 26 55 oder basel@thalia.ch.

weiter. Und bei uns fängt das jetzt an. Hartz IV ist nur ein Vorgeschmack. 31 Millionen Menschen in der EU sind sogenannte Sockelarbeitslose. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Menschen bei uns in Europa das einfach so hinnehmen.

In diesem Kontext ist der Vorstoss der Vereinten Linken in Spanien ehrenwert, dass das jetzige Parlament sich dem anschliesst, aber ausgeschlossen. Wo soll der Vorreiter denn herkommen?

Ich setze auf Deutschland. Deutschland ist die grösste, lebendigste Demokratie des Kontinents und die dritte Wirtschaftsmacht der Welt. Das Grundgesetz erlaubt alles, alles. Die Waffen sind da.

Am Grundgesetz liegt es sicher nicht, aber woher soll der politische Willen kommen?

Die Politik hat die Möglichkeiten und in einer Demokratie kann sie vom Souverän, dem Volk, zu entsprechendem Handeln gezwungen werden. Merkel und Schäuble sind ja nicht von Gottes Gnaden in ihren Ämtern. Die sind da, weil sie die Mehrheit im Bundestag haben. Das kann sich an-

Sie sind Optimist?

Ich halte es mit Antonio Gramsci: Der Pessimismus des Verstandes verpflichtet zum Optimismus des Willens. Ich setze grosse Hoffnung auf die Zivilgesellschaft. Che Guevara hat gesagt: «Auch die stärksten Mauern fallen durch Risse.» Und Karl Marx sagte: «Der Revolutionär muss das Gras wachsen hören.»

Einverstanden. Das Gras wächst. Damit sich etwas bewegt, bedarf es aber eines massiven gesellschaftlichen Drucks, oder?

Natürlich, revolutionäre Prozesse sind sehr mysteriös, aber die sind im Gange.

Viel gelesen und viel verklagt

Aus Schaden wird man klug. Ziegler hat eine Klausel im Vertrag, dass der Verlag für Anwaltskosten aufkommen muss, wenn es Klagen gibt. Der Hintergrund: Mit seinem Buch «Die Schweiz wäscht weisser» zog sich Ziegler in den 90er Jahren den geballten Unmut der Schweizer Banken zu. Sie drängten erfolgreich auf die Aberkennung seiner Immunität als Schweizer Parlamentsabgeordneter und überzogen ihn mit Klagen wegen Rufmordes. Gegenüber «nd» bezifferte Ziegler seine Schulden aus den insgesamt neun verlorenen Prozessen auf 6,6 Millionen Franken.

Die Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt jubiliert

Schrankenlose Solidarität

Vor 60 Jahren ist die BFFF als Sektion der Schweizerischen Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt gegründet worden mit dem Ziel fortschrittlichen Frauen die Möglichkeit zu geben sich einzusetzen für die Gleichberechtigung, für den sozialen Fortschritt und für den Frieden.

Von Franziska Genitsch

Der zweite Weltkrieg war allen noch in traumatischer Erinnerung. So etwas darf sich nie mehr wiederholen, das haben sich die Gründungsfrauen geschworen.

Am Anfang war der Kampf ums Frauenstimmrecht die dringlichste Forderung. Es folgte der Kampf um die Fristenregelung, die Mutterschaftsversicherung, die Forderung nach kostenloser Schwangerschaftsgymnastik und Geburtsvorbereitung und das Streben nach einer grossen Frauenvertretung im Parlament und in der Regierung.

Da wir aber immer der Meinung waren, dass wirklicher Fortschritt für die Menschheit nur im gemeinsamen Kampf von Frauen und Männern, von allen Völkern und Rassen erreicht werden kann, haben sich unsere Aktivitäten nie nur auf Frauenanliegen beschränkt. Die Solidarität mit Frauen und Kindern aus Krisengebieten ist den Frauen der BFFF ein grosses Anliegen. Solidaritätsarbeit hat für unsere Mitglieder immer eine wichtige Rolle gespielt. Es wurde Geld und Material gespendet nach Algerien, nach Vietnam, nach Chile, nach Palästina, nach Südafrika, um nur einige der Unterstützungsprogramme



Fränzi Genitsch, welche die Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt fast 30 Jahre lang präsidiert hat, als Rednerin an einem Frauenkongress in Moskau. Foto zvg

zu nennen. Mit den Frauen der IdFF haben wir uns gemeinsam eingesetzt für Frauen in Ländern, wo Krieg und Elend herrscht, für Frauen, die sich in einem nationalen Befreiungskampf befinden, die eingesperrt und unterdrückt werden.

Gegenwärtig konzentriert sich unsere Solidaritätsarbeit hauptsächlich auf ein Frauenprojekt in Chile und auf

Hilfsprojekte in Palästina. Auch Kuba und Vietnam gilt unsere Sympathie und Unterstützung. Neben Hilfsaktionen organisieren wir auch Informationsveranstaltungen über die Entwicklung in diesen Ländern.

In Basel arbeiten wir aktiv mit im Organisationskomitee für den 8. März und setzen uns ein gegen Gewalt an Frauen, für gerechte Löhne und gleiche Chancen für Frauen. Wir beteiligen uns jedes Jahr am 1. Mai und informieren unsere Mitglieder und Interessierte regelmässig mit unserem Bulletin über unsere Anliegen und unseren Einsatz.

Wir haben aber auch das gesellige Zusammensein unserer Mitglieder nie vergessen. Viele Wanderungen und Reisen in ferne Länder haben wir in bester Erinnerung. Gemeinsame Veranstaltungen mit anregenden Gesprächen und Diskussionen geben uns Mut und Kraft, damit wir trotz Rückschlägen und Enttäuschungen an unseren Zielen festhalten können und uns auch in Zukunft einsetzen werden für die Rechte der Frauen, für das Glück der Kinder und für den Frieden. 60 Jahre sind nicht genug.

Kontakt:

BFFF
Postfach 2036, 4001 Basel
oder Anna-Lise Nicolodi,
061 481 44 29
kek.allschwil@gmx.ch



Die Schweizerische Friedensbewegung gratuliert der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt zu ihrem 60 jährigen Jubiläum mit einer neuen Karte ihrer Picasso-Serie. Zu beziehen bei SFB, Postfach 2113, 4001 Basel

60 Jahre Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt



60 Jahre im Einsatz für die Rechte der Frauen, für das Glück der Kinder und für den Frieden



Wir feiern
am Freitag 30. November
und Samstag 1. Dezember 2012
im Schmiedenhof, Basel
Eingang Rümelinsplatz

Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt jubiliert

Ziele unverändert aktuell

Seit ihrer Gründung im Jahre 1952 arbeitet die Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt für ihre heute noch gültigen Ziele: Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden.

Unsere Vereinigung setzt sich ein für ein neues Bewusstsein und Selbstbewusstsein der Frauen.

Als Mitglied der Internationalen Demokratischen Frauenföderation IDFF haben wir uns deren Programm zu eigen gemacht. Wir kämpfen für:

- die Erringung, die Anwendung und die Verteidigung der Rechte der Frauen als Mütter, Werktätige und Bürgerinnen auf der ganzen Welt.
- Die Verteidigung der Rechte aller Kinder auf Leben, Wohlstand und Bildung.

- die Erringung und den Schutz der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Freiheiten, die Beseitigung von Rassendiskriminierung und Faschismus.
- Frieden und weltweite Abrüstung.

Von allem Anfang an stand für uns fest: Die Erhaltung des Weltfriedens ist erstes Gebot. Darum wehren wir uns gegen jede neue Aufrüstung. Wir wollen uns vielmehr einsetzen für eine Stärkung der Friedenskräfte in unserem Land.

Einige unserer Aktivitäten

- Mitgliederversammlungen mit Referaten zu aktuellen politischen Ereignissen, Diskussionen und Be-

schlüssen zu Abstimmungsvorlagen, Berichten über andere Länder oder kulturelle Themen und Vorbereitung unserer laufenden Arbeit.

- Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag am 8. März.
- Teilnahme an Friedenskundgebungen und an der 1. Mai Demonstration.
- Solidaritätsaktionen zu Gunsten der Benachteiligten, Verfolgten und Unterdrückten in aller Welt.
- Beteiligung an internationalen Frauenaktionen wie «Marche Mondiale des Femmes» und «16 Tage gegen Gewalt an Frauen».
- Solidaritätsbazar.

BFFF, Postfach 2036, 4001 Basel

Aus der 60jährigen Geschichte der BFFF

Der Polizei getrotzt

14 englische Frauen reisten 1958 unter der Leitung von Dora Russell in einer Friedenskarawane durch ganz Europa um gegen die Bedrohung des Atomtodes aufzurütteln. In Basel empfing die Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt die Frauenfriedenskarawane. Louise Stebler erinnert sich.

Von Louise Stebler

Wir verteilten vor Grossbetrieben und in der Stadt Flugblätter mit der Ankündigung einer Kundgebung auf dem Barfüsserplatz. Wir arbeiteten unbeirrt, obwohl die Polizei die Kundgebung verbot. Die Polizei war präsent. Von der Tramstation aus sah ich unsere Frauen, unter anderen Päuili Moser und Susi Hofer wie sie unser Transparent zum Frieden öffneten, wieder einrollen mussten, wieder aufrollten, je nach Präsenz der Polizei.

Ich wartete auf den grossen Jeep der Engländerinnen. Da fuhren sie plötzlich in den Platz hinein. Die Polizei schreckte uns mit dem Überfallwagen und lautem Horn. In der Folge war der ganze Barfi voll mit Menschen, die wissen wollten, was passiert.

Das ist meine Schulter!

Ich stand bei der Karawane, aus der alle englischen Frauen ausstiegen. Ein Polizist wollte den englischen Chauffeur, ein erfahrener Gewerkschafter, bei den Schultern packen. Der

streckte sein Bein und schrie: «This is my sholder!» So ging der Polizist unverrichteter Dinge davon. Die Menschenmenge war so dicht, dass weder Autos, noch Tram durchfahren konnten.

Ich verhandelte mit der Polizei, dass wir den Tausenden Menschen erklären mussten, warum wir nicht sprechen dürfen. So erreichte ich, dass Susi Hofer sprechen konnte. Sie sprach nun durchs Mikrophon und erklärte den Inhalt dieser Kundgebung. Genau, das was wir wollten!

Am anderen Tag musste ich zur Polizei in Begleitung von Päuili Moser. «Die Kundgebung war doch verboten! Sie wussten es! Warum habt ihr Flugblätter verteilt?» Meine Antwort: «Ihr Verbot kam zu spät; der grosse Verteilungsapparat konnte nicht mehr aufgehalten werden» und damit war die Sache erledigt und wir hatten eine der grössten Kundgebungen für den Frieden in Basel!

Freitag 30. November 2012

- Ab 18 Uhr **Jubiläumsfeier**
- 19 Uhr Apéro
- 20 Uhr Abendprogramm

Frauen-Vorbilder

gegen Gewalt, für Frieden und Fortschritt
Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten unserer Frauengeschichte

- Die Gründung der IdFF und der BFFF
- Die Gründungsfrauen und ihre Anliegen
- Internationale Solidaritätskampagnen für Ethel Rosenberg und Angela Davis
- Solidarität mit Vietnam und Chile
- Frauennetzwerke in der heutigen Zeit

Marianne Schmidt-Hangstörfer umrahmt das Programm mit ihren Liedern

Samstag 1. Dezember 2012

- Ab 14 Uhr **Solidaritätsbazar**
 - mit Olivenöl aus Palästina und Zatar (palästinensisches Gewürz)
 - mit Kunsthandwerk aus Vietnam, Palästina, Lateinamerika und Osteuropa
 - Büchertisch, Spielzeug, Handarbeiten,
 - Weihnachtskarten, Bilder, Informationstisch

Tombola

zu Gunsten von Vietnam

Flohmarkt

zu Gunsten von Chile

Kulinarisches

Suppe • Salate • Wienerli • Brötli
Kaffee • Getränke • selbstgebackene Kuchen

um 16 Uhr Führung

von Gründungsmitglied Louise Stebler durch die Ausstellung «60 Jahre BFFF»

um 17 Uhr Kinderprogramm

Diashow

Rückblick auf die vergangenen 60 Jahre

Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt jubiliert

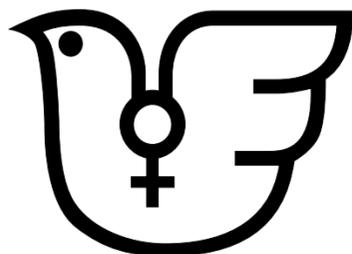
Der Kampf geht weiter!

Interview mit der derzeitigen Präsidentin der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt, Anna-Lise Nicolodi

Was sind deine wichtigsten Eindrücke deiner Zeit in der BFFF?

Die erste Begegnung war für mich wohl die Wichtigste. Die BFFF wurde für mich eine Art Heimat in der Schweiz.

1967 kam ich aus Dänemark nach Basel. Damals war ich 21 Jahre alt, frisch verheiratet mit einem Italiener



und fing gerade eine Lehre als Pflegefachfrau in der Geriatrie an. Ich wurde zum ersten Mal in meinem Leben mit Hierarchien konfrontiert. Auch mit dem Schweizerdeutsch war es nicht einfach. Ich musste mich immer wieder melden, damit im Unterricht auf Hochdeutsch gesprochen wurde und ich es verstehen konnte. Als verheiratete Frau hatte ich eine «Sonderstellung»: Die Schulleitung wählte meinen Arbeitsort so aus, dass ich über Mittag nach Hause konnte. Erst viel später wurde mir bewusst, dass dies war, damit ich für meinen Ehemann kochen könne. Ich hatte ja keine Ahnung vom Leben in der Schweiz, ausser dass mein Grossvater auf meiner Hochzeit in Dänemark gesagt hatte: «Du gehst in die Schweiz – das ist ein tolles Land: Dort dürfen Frauen nicht wählen und sie müssen zu Hause bleiben.»

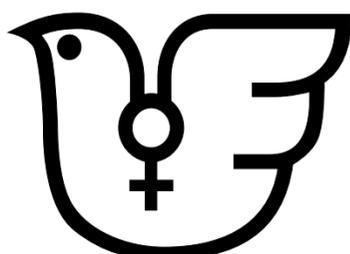
Damals, als ich hierher gekommen bin, brauchte es für die persönlichsten Sachen (z. Bsp. die Antibaby-Pille,

grössere Ausgaben, etc.) jeweils das Einverständnis des Ehemannes. Mein Mann war recht emanzipiert und «erteilte» diese ohne Probleme, aber es war trotzdem eine Erniedrigung nicht als eigenständige Person zu gelten.

Der Wert einer Frau in der Schweiz wurde an ihrer Arbeit im Haushalt bemessen und sie war in ihrem Dasein völlig auf den Mann ausgerichtet. Was mir als Denkrichtung schon als Kind zuwider war!

«Die BFFF interessierte sich für den Menschen in mir!»

Anfang der 1970er suchte ich nach etwas, was ich tun könnte, das nicht mit Spitalbetrieb zu tun hatte. Meine erste Begegnung waren die Poch-Frauen,

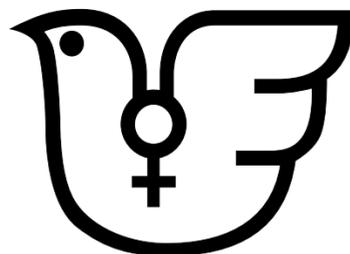


ein paar Jahren später dann die Frauen von der BFFF. Die erste Begegnung mit den BFFF-Frauen war besonders. Sie interessierten sich für mich als Mensch und nicht für meine Leistungen. Sie nahmen mich ohne Vorbehalt auf. Sie waren Frauen verschiedener Generationen und Berufe, mit einer gemeinsamen politischen Haltung von Gerechtigkeit und Solidarität. Dort fühlte ich mich sofort zu Hause. So lernte ich eine andere, kritische Schweiz schätzen!

Später, in den 1980ern, als junge Mutter wurde dann noch alles rund

um Kinder aktuell. Wir hatten eine Mutter-Kind-Gruppe, wie in den sozialistischen Ländern feierten wir den Kindertag am 1. Juni und organisierten Pionierlager. Wir bereiteten für die Ostermärsche der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) das Kinderland vor.

Zu einer meiner ersten wichtigen politischen Begebenheiten kam ich am grossen Palästina-Kongress der SFB Ende der 1970er. Ich half mit beim Übersetzen für eine aus israelischer Haft freigelassene Palästinenserin und wir zeigten ihr Basel. Die Geschichte dieser Widerstandskämpferin machte grossen Eindruck auf mich. Wir wollten sie am nächsten Tag am Flughafen verabschieden. Plötzlich wurde mir bewusst, dass dies unter Umständen, für mich als Ausländerin, aus politischen Gründen zu Problemen bei der Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung führen könnte. Nach einer schlaflosen Nacht, beschloss ich trotzdem zum Flughafen zu gehen, um mich von ihr verabschieden zu können. Ihr Anliegen und der Kampf für die Freiheit Palästinas waren mir wichtiger als meine Angst um die Aufenthaltsbewilligung (und es ging auch nochmals gut, andere hatten weniger Glück und wurden wegen politischen Aktivitäten ausgewiesen).



Was bedeutet für dich das Wort Fortschritt im Namen der BFFF?

Das Wort «Fortschritt» bedeutet für mich eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Eine Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen und dem Versuch im Bezug auf Geschlechterrollen neue Wege zu suchen. Nicht im Alten verharren. Nicht national, sondern international denken und handeln. Sich mit Frauen und fortschrittlich denkenden Männern zu vernetzen für die Rechte von Frauen. Frauenrechte sind Menschenrechte.

Was würdest du an junge Frauen weitergeben, aus deinen Erfahrungen, deinen Erlebnissen, Wünschen, Hoffnungen?

Die Schweiz hat sich verpflichtet sich juristisch für die Frauenrechte einzusetzen (CEDAW ratifiziert). Per Gesetz sind Mann und Frau heute in der Schweiz gleichgestellt, aber in der Praxis ist Gleichstellung noch lange nicht erreicht. Es ist möglich bei Unstimmigkeiten (zum Beispiel ungleicher Lohn) vor Gericht zu klagen und auch Recht zu bekommen. Allerdings braucht es Zeit und Nerven und es kostet die Klägerin manchmal die Arbeitsstelle.

Macht wird nicht freiwillig abgegeben, daher ist der Kampf um Gleichstellung ein langer Kampf! Aus diesem Grund ist Vernetzung wichtig, damit wir solidarisch zusammen halten.

Mein Wunsch wäre, dass junge Frauen sich politisch mehr einbringen, sich gemeinsam einsetzen für bessere Rahmenbedingungen, wie öffentliche Krippenplätze und dass Teilzeitarbeit nicht zu einer Benachteiligung in der Altersvorsorge führt, oder Karrieren von Frauen verunmöglicht. Dass sie nicht einfach glauben, dass die Gleichstellung schon erreicht ist. Es gilt weiterzukämpfen und die bereits erkämpften Rechte zu verteidigen.



Bananenkisten aus Solidaritätssendungen nach Chile werden zu Dörrrapparat umfunktioniert. Foto zvg

Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt jubiliert

Solidarität mit Chile

Unsere Kassierin Ruth Degen erzählt

Seit ich 1968 in den Vorstand der BFFF gewählt wurde, kümmere ich mich um die Finanzen. Mit Engagement, Fleiss und Kreativität haben wir Frauen Tausenden von Franken in den letzten Jahrzehnten an Frauen-Projekte in der ganzen Welt gespendet.

Da wir keine reichen Sponsoren haben, mussten wir andere Wege suchen. Mit meinem Flohmarkt und den Tombolas an unseren Veranstaltungen mache ich vielen Leuten hier grosse Freude.

Kleider für Chile

Seit einigen Jahren hat sich eine wunderbare Zusammenarbeit mit unserem Mitglied Solveig Schrickel, die in Chile lebt, entwickelt. Solveig ist heute Heilkräuterfrau, gibt Kurse für Frauen und macht Fernsehsendungen. Solveig hat in Basel Lebensmittelchemie studiert und sich in Chile auch bei alten Mapuche - Frauen weitergebildet. Regelmässig berichtet sie uns über die Lage in Chile, die spezifische Situation der Frauen und ihre Arbeit.

In ihrer Freizeit organisiert Solveig Kleiderbazare, denn all paar Wochen erhält sie von mir Bananenschachteln voll mit Kleidern, die hier in der Schweiz nicht mehr gebraucht wer-

den. Für ganz wenig verkauft sie sie weiter. Mit dem Erlös bezahlt sie einem Kind die Schule, unterstützt eine junge Mutter mit dem Nötigsten...

Und seit neustem werden die Bananenschachteln zu Dörrrapparat umgewandelt!

Solidarität mit Tradition

Unsere Chile-Solidarität hat ihre Tradition:

«Frauen in Basel helfen Frauen in Chile».

Tief erschüttert über die Brutalität des Puches in Chile gegen die Regierung von Allende 1973 formierte sich auf der ganzen Welt eine imposante Solidaritätsbewegung. Die BFFF ist seit der ersten Stunde mit dabei, waren doch auch viele Frauen unserer Partnerorganisation in Chile betroffen, wurden ermordet, verschleppt gefoltert.

Seither verfolgen wir die Entwicklung in Chile mit grossem Interesse.

Dazu gehörte auch die Zusammenarbeit mit verfolgten Familien, die hier in Basel Zuflucht gefunden haben, oder der Verkauf von Kunsthandwerk von Frauen, die in Chile in den Gefängnissen sass.

Louise Stebler war Initiatorin der Grossen Veranstaltung von Frauenorganisationen von Basel.



Plakat des 15. Kongresses der Internationalen Demokratischen Frauenföderation IDFF, der die BFFF angehört. Der Kongress fand im April 2012 in Brasilien statt.

Kuba selbst erleben

Reisen Sie mit «Unsere Welt» und der Schweizerischen Friedensbewegung durch die sich verändernden Landschaften Kubas. Informieren Sie sich aus erster Hand über Errungenschaften und Visionen der revolutionären Karibikinsel und ihrer Bevölkerung.

Studienreise vom 7. – 21. April 2013

San Antonio de los Baños – Artemisa – Pinar del Rio – Viñales – Caimito – Havanna – Cienfuegos – Trinidad – Santa Clara – Playas del Este Mit reichhaltigem Besichtigungs- und Begegnungsprogramm, u.a. Provinzverwaltung der Poder Popular, Landwirtschaftskooperative, Internationale Filmhochschule, Poliklinik, Familienarzt, Sonderschule, Tabakfabrik, Zuckerzentrale, Kultur-, Sozial- und Friedensprojekte, Gespräche mit dem Institut für Völkerfreundschaft ICAP, der Kubanischen Bewegung für Frieden und Souveränität der Völker MOVPAZ, Begegnung mit Kleingewerblern, Baden an den Playas del Este.

Übernachtungen in Mittelklassehotels und zwei Nächte bei kubanischen Familien. Flug Zürich – Havanna – Zürich. Inlandroute mit klimatisiertem Bus. Schweizerische Reiseleitung durch UW-Redaktor Martin Schwander. Kubanische Reiseleitung durch AMISTUR.

Kosten ca. Fr. 3000.–, alle Leistungen inklusive

Detailliertes, provisorisches Programm erhältlich über Tel. 034 422 16 32 oder comtex@besonet.ch. Die Anzahl Teilnehmender ist auf 20 beschränkt. Definitive Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt.

Krieg in der Sackgasse, von Afghanistan bis Syrien

Ringens um Selbständigkeit

Besprechung des Buches von Ulrich Tilgner, *Die Logik der Waffen – Westliche Politik im Orient**

Von Antoinette Mächtlinger

Ulrich Tilgner, der seit über 30 Jahren im Fernsehen, in Vorträgen und Publikationen von allen Brennpunkten des Mittleren Ostens und Nordafrikas berichtet, dessen Irak-Buch «Der inszenierte Krieg» (2003) als Standardwerk bezeichnet werden muss, dieser Ulrich Tilgner nimmt sich hier die Mühe, die Rolle der westlichen Staaten in den Kriegen des Ostens zu analysieren. Er erweist sich wiederum als profunder Kenner der Region und streut auch Berichte von persönlichen Reisen, Besuchen, Gesprächen ein. Die Analysen werden ergänzt durch Karten und Statistiken, im Anhang findet sich neben einer umfangreichen Literaturliste ein Personen-, Sach- und Ortsregister.

Kein «grosser» Krieg mehr

In einem knappen Überblick zeigt Tilgner auf, wie das Ringens um Selbständigkeit während Jahrzehnten die Geschichte dieser Staaten prägte und wie die Verstaatlichung von Bodenschätzen, die dadurch der Kontrolle ausländischer Konzerne entzogen wurden, sich politisch und historisch auswirkte. Zur heutigen Situation sagt er: «Die hohen Ölpreise haben im Orient Wirtschaft und Gesellschaft und damit auch die Politik nachhaltig verändert.(...) Die USA können den Weltmarkt und die Ölpolitik nicht mehr nach Belieben steuern.» Barack Obama, der sich keinen weiteren «grossen» Krieg leisten könne, verlege sich auf Cyber- und Drohnenkrieg und auf die Ausrüstung gezielter Gruppen mit Waffenlieferungen, «die in der Weltgeschichte in diesen Grössenordnungen noch nie dagewesen sind.»

Iran: Tilgner widerspricht gängigen Vorstellungen

Atomkonflikt mit dem Iran ist das erste Kapitel überschrieben. Tilgner beschreibt die Kriegsvorbereitungen der USA, deren «Verträge über die grössten Waffenlieferungen der Geschichte» mit Saudi-Arabien, und die Verteidigungsbereitschaft des Iran. «Eine neue Form des Krieges» hat 2008 mit dem Eindringen amerikanischer und israelischer Geheimdienste in die Computersysteme des iranischen Atomprogramms begonnen. Zum Vorwurf, Iran baue an einer Atombombe, sagt Tilgner: «Unstrittig ist, dass dem Land die für eine Bombe benötigte Menge an hoch angereichertem Uran fehlt.» Während die Verhandlungsbemühungen der verschiedensten Staaten und Organisationen erfolglos blieben, wirken sich die Sanktionen der westlichen Staaten immer stärker auf das Leben im Iran aus. Allerdings hätten die Massnahmen des Westens einen unerwarteten Nebeneffekt: «Je häufiger Angriffsdrohungen gegen den Iran geussert werden, desto schwieriger wird die Situation für die Opposition.» Der Autor vertritt die Auffassung, dass die Angst vor einem Krieg, wie er in den Nachbarländern stattfindet, den Zusammenhalt und das Nationalgefühl der Bevölkerung stärke. Auch in einem anderen Punkt widerspricht er westlichen Vorstellungen: «Ahmadijad war zu keiner Zeit der starke Mann des Irans, zu dem ihn die Medien in Europa und auch in den USA gemacht haben.» Der starke Mann, der die Fäden ziehe, sei Staatsführer Khamenei, gegen den es keine mächtige Opposition gebe. Tilgner plädiert für diplomatische Bemühungen mit echten Anreizen für ein iranisches

Einlenken; nur so könne man «neue politische Perspektiven eröffnen und verhindern, dass der Iran in eine völlige Isolation gedrängt wird.»

Syrien: Die Mächte im Hintergrund

Der Bürgerkrieg in Syrien wird in grössere Zusammenhänge gestellt: «Durch den Sturz Baschar al-Assads und die Schaffung eines neuen Regimes soll die dreissig Jahre existierende politische Achse zwischen Teheran und Damaskus gebrochen werden.» Das Land werde nicht erneuert, sondern zerrüttet. Das Assad-Regime werde bekämpft von bewaffneten Gruppen, gesteuert durch «saudische Geldboten, Militärtrainer aus arabischen Golfstaaten und US-Agenten». Tilgner beobachtet, dass in Syrien ungleich schneller als in andern arabischen Ländern die zivilen Proteste

Das vernichtende Fazit unseres Autors: «Bereits achtzehn Monate nach dem Beginn des Aufstandes ist die Zerrüttung mit derjenigen des Iraks nach jahrelangen Sanktionen, Besetzung und zweijährigem Bürgerkrieg vergleichbar. Der Aufstand gegen das Assad-Regime führt zu bedeutenden Kräfteverschiebungen im Mittleren Osten. Syrien bleibt langfristig geschwächt, das Bündnis zwischen dem Iran und Syrien wird gebrochen, und der Arabische Frühling wird beendet, bevor er Staaten des Golf-Kooperationsrates auf der arabischen Halbinsel erreichen könnte.»

Autokraten gestärkt

Arabischer Frühling überschreibt Tilgner ein weiteres Kapitel, in dem er Betrachtungen über die Aufstände in Tunesien, Ägypten, Jemen und Bahrain anstellt, deren Ursprung in Armut und Arbeitslosigkeit zu finden ist, und er wirft dem Westen vor, dass er nicht bereit sei, substantielle zivile Aufbau-



in einen (erstaunlich gut) bewaffneten Aufstand übergangen. «Dieses Verkümmern des Arabischen Frühlings kann den Herrschern Saudi-Arabiens nur recht sein», sagt er, nachdem er im April 2012 die Information erhalten hat, dass Saudi-Arabien bereit sei, die Aufständischen mit mehreren Milliarden US-Dollar zu unterstützen.

Der syrische Bürgerkrieg unterscheidet sich auch darin von den andern Konflikten der Region, dass jeweils nur in einzelnen Teilen des Landes gekämpft wird und dadurch für das Regime die Möglichkeit besteht, den Aufstand in einzelnen Gebieten zurückzudrängen. Die bewaffneten Gruppen – der Autor schätzt sie auf etwa 100 – stehen zum Teil der Al Kaida nahe und operieren zunehmend mit Autobomben und Selbstmordanschlägen. Kurden nutzen den neuen Spielraum des Bürgerkriegs, um im Norden Strukturen einer Selbstverwaltung aufzubauen.

Im Kapitel «Die Mächte im Hintergrund» geht der Autor nur am Rande auf die Rolle der Türkei ein, deren Position sich seit der Drucklegung des Buches deutlich verschärft hat. Hingegen legt er noch einmal Gewicht auf die Front Iran/Saudi-Arabien. Gesicherte Erkenntnisse über die Hilfe Teherans an das syrische Regime gebe es nicht, aber sicher sei, dass der Iran, geschwächt durch die Sanktionen, finanziell bald nicht mehr in der Lage sei, Assad zu unterstützen. Tilgner folgert: «Sollten die Milizen von Saudi-Arabien oder von den USA mit panzerbrechenden Waffen und Luftabwehraketen ausgerüstet werden, wird das Regime relativ schnell zusammenbrechen.» (Laut NZZ vom 5.11.2012 sind die Rebellen im Besitz von Flugabwehrkanonen und Mehrfachraketenwerfern, d.Red.)

hilfe zu leisten. Damit überlasse er das Feld radikal-islamischen Kräften. Wiederum ist es Saudi-Arabien, das dafür sorgt, dass weltlich orientierte Oppositionskräfte in keinem der Länder an der Macht beteiligt werden. Am Beispiel Jemen wird aufgezeigt, «wie die USA sich der Politik Saudi-Arabiens zur Niederschlagung der Aufstände in der arabischen Welt angepasst haben», um dort ihren Drohnenkrieg gegen al Kaida zu führen. Das Fazit unseres Autors: «Scheichs, Emire und Könige haben trotz der Unruhen und des Scheiterns der USA im Irak und in Afghanistan ihre Machtpositionen ausgebaut. Bis zum Beginn des Arabischen Frühlings galten sie als verlässliche Bündnispartner der USA. Doch jetzt weiten sie ihren Einfluss im Mittleren Osten und in Nordafrika aus und füllen das durch das Scheitern der USA entstehende Vakuum aus.»

Afghanistan: Blühende Drogenindustrie

Am Beispiel Afghanistan wird die «Sackgasse Krieg» erläutert. Die ausländischen Truppen igeln sich ein in den Stützpunkten, die zu Grossfestungen ausgebaut worden sind, während in den abgelegenen Provinzen Kriegsherren das Sagen haben. Der Krieg hat zu einem Auseinanderbrechen der Gesellschaft geführt, Kabul zerfällt in Viertel der Reichen und Elendsviertel ohne Wasserversorgung. 1500 Hilfsorganisationen sollen registriert sein, ihre Mitarbeiter wagen sich aber kaum auf die Strasse ausserhalb der Schutzzonen. Karzai arbeitet «mit Kriegsverbrechern, ehemaligen Warlords und selbst Kriminellen zusammen, um seine eigene Machtposition ungestörter auf- und ausbauen zu können.» Die Korruption ist zu einem Riesenproblem geworden. Was flo-

riert ist die Drogenindustrie: von 2001 bis 2011 ist die Opiumproduktion um das 30-Fache auf 5800 Tonnen gestiegen. Ausser Drogen hat Afghanistan im Welthandel nichts zu bieten. Für die Ausbeutung der «immensen Reserven an Bodenschätzen», die vorhanden sein sollen, stellen sich in dem armen, gebirgigen Binnenland allzu gewaltige logistische Probleme. Wie es nach dem Abzug der ausländischen Truppen weitergehen soll, ist unklar.

Irak: Fruchtbarer Boden für Al Kaida

Irak: Beginn mit Katastrophen. Von April 2003 bis Juni 2004 verwalten die USA den Irak. Stichworte: Auflösung des Verteidigungsministeriums und Entlassung aller Soldaten, geduldete Plünderungen, Abschaffung der Zölle und Privatisierung der Staatsbetriebe, spurloses Verschwinden von mehreren Milliarden Dollar Aufbauhilfe. Ein fruchtbarer Boden für Al Kaida. Eine interessante Information: «Selbstmordanschläge hatte es im Irak bis dahin nicht gegeben. Sie wurden von der Bevölkerung aus Glaubensgründen abgelehnt.» Die Besatzer haben anfangs kaum Interesse, dem aufflammenden Bürgerkrieg zwischen Schiiten und Sunniten Einhalt zu gebieten, denn er lenkt von einer möglichen Aufstandsbewegung gegen die eigenen Truppen ab. Tilgner: «Noch niemals in der Geschichte des Landes haben Schiiten und Sunniten gegeneinander Krieg geführt. Dabei existieren die Spannungen zwischen den beiden Religionsgruppen schon seit 1300 Jahren.» Die zivilen Opfer von Krieg und Gewalt werden auf 200 000 geschätzt. Jetzt bereichern sich die Führer der Schiiten an den Öleinnahmen, während die sunnitischen Stammesführer leer ausgehen. Nach dem Abzug der US-Truppen Ende 2011 verbleiben im Irak 16 000 Beschäftigte.

Und heute? Maliki hat sein Versprechen, die Sunniten in die Regierung einzubeziehen, nicht eingelöst. Von den Öleinnahmen, die auf 100 Milliarden Dollar jährlich geschätzt werden, werden etwa fünf Millionen Staatsangestellte (darunter 700 000 Polizisten und Soldaten) unterhalten, der Reichtum begünstigt die Korruption, die neue classe politique lebt in der von den US-Truppen zurückgelassenen «Grünen Zone». In Industrieproduktion und Infrastruktur wird kaum investiert. Eine grosse Protestdemonstration im Februar 2011 wurde brutal niedergeschlagen. Das Parlament in Bagdad hat immer noch keine Gesetze zur Ölpolitik erlassen (Irak besitzt die drittgrössten Ölreserven der Welt). Was das Interesse der USA am irakischen Öl betrifft, äussert Tilgner sich widersprüchlich. Einerseits sagt er: «Behauptungen, der Sturz Saddam Husseins und die Besetzung des Iraks seien erfolgt, um das irakische Öl für die USA zu sichern, haben sich bisher als haltlos erwiesen.» Andererseits schreibt er auf der folgenden Seite: «Es gibt Anzeichen, dass die USA 2003 die irakische Ölpolitik beeinflussen wollten. Bereits Stunden nach dem Sturz Saddam Husseins wurde das irakische Ölministerium in Bagdad durch US-Marines gesichert.»

Libyen: CIA-Agenten mischten mit

In Libyen haben die NATO-Staaten auf Anweisung der USA sich auf den Einsatz von Flugzeugen, Bomben und Raketen beschränkt. Es wurden 9500 Luftangriffe geflogen, die Zahl der Opfer wurde nicht bekannt gegeben. Schon vor Beginn des Luftkrieges hatte Präsident Obama CIA-Agenten und Waffenlieferungen zur Unterstützung der Aufständischen geschickt. Libysche Guthaben von schätzungsweise 160 Milliarden Dollar wurden weltweit eingefroren, um später an eine neue Regierung überwiesen zu werden; allein aus den USA sind 20



*) Ulrich Tilgner: *Die Logik der Waffen – Westliche Politik im Orient, orell füssli* 2012, Fr. 26.90, Zu beziehen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89

Milliarden Dollar an die Übergangsregierung geflossen. Dazu kommen die Öleinnahmen. Die neue Regierung hätte also gute finanzielle Voraussetzungen für den Wiederaufbau. Sofern es denn eine Regierung gäbe, die den Namen verdient.

Saudi-Arabien: Eigenes Atomprogramm

Die führende Rolle Saudi-Arabiens wird von Tilgner immer wieder betont. Seit der Ölpreis in den letzten 10 Jahren um 500% gestiegen ist, nabelt sich das Königreich zusehends von den USA ab und festigt seine Vormachtstellung im Golf-Kooperationsrat (GCC). Mit Milliarden hat die fundamental-islamische absolute Monarchie nicht nur die Taliban in Afghanistan unterstützt: sie hat weltweit ein Netz von religiösen Stiftungen und Salafisten-Organisationen aufgebaut. Der Verteidigungshaushalt hat sich seit 2003 verdreifacht, ein eigenes Atomprogramm ist seit 2010 in Entwicklung.

Cyber-Krieg und Völkerrecht

Die militärischen Entwicklungen sind beunruhigend. Seit 2004 setzt der CIA Drohnen gegen Pakistan ein. Dieser Staat ist kein offener Feind der USA, er spielt seit 30 Jahren ein Doppelspiel, indem er von den USA Milliarden kassiert, um Taliban und Al Kaida zu bekämpfen, diese aber teilweise unterstützt (Bin Laden!). Ein Drittel der Opfer von Drohnen-Angriffen sind Zivilisten. 2012 wurden in den US-Streitkräften bereits mehr Drohnenpiloten als konventionelle ausgebildet. Offene Kriege werden die USA in Zukunft nicht mehr wie bisher führen können, in erster Linie aus Kostengründen. 1,5 Millionen Angehörige ihrer Streitkräfte sind «wie in einem Spinnennetz über den gesamten Erdball verteilt». Die Soldaten leben in einer abgeschlossenen Welt und haben keinerlei Beziehung zum Land, in dem sie stationiert sind. Die Privatisierung des Krieges schreitet voran, 2010 starben in Afghanistan und im Irak mehr Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste als eigene Soldaten. Der Grund: «Weil die privaten Unternehmen an Investitionen in die Sicherheit ihrer Männer sparen, können diese um den Preis erhöhter Lebensgefahr billiger in Rechnung gestellt werden.» Für Drohnen- und Cyberkrieg, für asymmetrische Kriege, für den «Kampf gegen den Terrorismus» sind keine internationalen Vereinbarungen entwickelt worden. Deshalb Tilgners dringender Appell, «dass die internationale Gemeinschaft existierende Vereinbarungen über den Einsatz von Waffen erweitert und völkerrechtliche Regelungen gegen den Cyberkrieg entwickelt.»

Wir können dem Autor nur zustimmen.

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 6 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis _____ Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Unsere Welt

Ausstellung
im Kornhausforum **Bern**

Rahmenprogramm
Theater, Kino, Musik,
Referate, Podium

1. November – 2. Dezember 2012

النكبة
Die Nakba

Flucht und Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser 1948 und heutige palästinensische Realitäten

Die Ausstellung Nakba (arabisch für Katastrophe) thematisiert in 14 Schautafeln und mit Videopräsentationen die Ereignisse und Entwicklungen im Nahen Osten, die zur Gründung des Staates Israel führten. Kornhausforum, Theaterplatz 18, Bern. Öffnungszeiten Dienstag – Freitag: 10.00 – 19.00 Uhr, Samstag: 10.00 – 17.00 Uhr. Rahmenprogramm siehe unter www.nakbabern.ch.

Apartheid ohne Scham und Schuldgefühle

Zur Hölle mit dem Rest

Wir sind Rassisten, sagen die Israelis, wir praktizieren Apartheid und wir wollen sogar in einem Apartheid-Staat leben. Ja, das ist Israel, meint der israelische Journalist Gideon Levy.

Von Gideon Levy

Da die Wahlen näher kommen, ist die Saison der öffentlichen Umfragen. Aber hier ist eine Umfrage, die in dem, was sie offenbart, beunruhigender und bedeutsamer ist, als dass Yair Lapid sein Amt aufgibt oder Ehud Barak bei den Wahlen abstürzt.

Sie offenbart ein Bild der israelischen Gesellschaft, und das Bild ist sehr, sehr makaber. Diesmal sind es nicht die Kritiker zu Hause oder im Ausland, sondern die Israelis, die sich selbst offen, scham- und schuldlos als nationalistische Rassisten erklären.

Wir sind Rassisten, sagen die Israelis, wir praktizieren Apartheid und wir wollen sogar in einem Apartheidstaat leben. Ja, das ist Israel.

Unter ihren erschreckenden Ergebnissen entdeckt die Umfrage eine gewisse unschuldige Ehrlichkeit. Die Is-

raelis geben dies zu, was sie sind und sie schämen sich nicht. Solche Umfragen sind schon früher abgehalten worden, aber die Israelis erschienen nie so zufrieden mit sich selbst, selbst wenn sie ihren Rassismus zugaben. Die meisten von ihnen denken, Israel ist ein guter Platz, um darin zu leben, und die meisten von ihnen denken, dies ist ein rassistischer Staat.

Es ist gut, in diesem Land zu leben, sagen die meisten Israelis, nicht trotz seines Rassismus, sondern vielleicht gerade deswegen. Wenn solch eine Umfrage über die Haltung der Juden in einem europäischen Staat gehalten würde, würde Israel einen Höllenspektakel machen. Wenn es um uns geht, gelten die Regeln nicht.

Der «jüdische» Teil der «jüdischen Demokratie» hat gewonnen. Das Jüdische hat der «Demokratie» einen Knockout verpasst ...Die Israelis wollen immer mehr Jüdischkeit und immer weniger eine Demokratie. Sagt ab jetzt nicht mehr jüdische Demokratie. So etwas gibt es natürlich nicht. Es kann nicht sein. Von jetzt an sagt man jüdischer Staat, nur jüdisch,

für Juden allein. Eine Demokratie – sicher, warum nicht. Aber nur für Juden.

Weil die Mehrheit es wünscht; weil die Mehrheit so ihren Staat definiert. Die Mehrheit will nicht, dass Araber für die Knesset abstimmen, keine arabischen Nachbarn oder arabische Schüler in der Schule. Lasst unser Lager rein sein – so sauber von Arabern wie möglich und vielleicht sogar noch mehr.

Die Mehrheit wünscht getrennte Strassen in der Westbank und schreckt nicht vor den Auswirkungen zurück. Selbst die historische Assoziation stört sie nicht im geringsten. Sie will Diskriminierung am Arbeitsplatz und wünscht Transfer. Genug der Augenschere und Vorspiegelerei falscher Tatsachen. Das ist es, was wir wollen – weil wir nun mal so sind.

Die Rechte wird wahrscheinlich den New Israel Fond angreifen, weil er die Umfrage in Auftrag gegeben hat. Gewalt! Wird sie schreien. Linke, Israelhasser. Aber das Schreien der Rechten wird das Ergebnis nicht verändern. Es wurde von einer verlässlichen, wohl bekannten Umfrage-Firma ausgeführt. Übrigens, was stimmt nicht mit der Umfrage? Was haben wir vorher nicht gewusst – ausser dem Nichtvorhanden-seins der Scham? Lasst die Rechte beweisen, dass wir nicht so sind, dass die meisten Israelis mit Arabern zusammen leben wollen. Die meisten sehen die Araber als Menschen wie sie selbst, dass sie gleiche Rechte und Chancengleichheit haben. Sollen sie das Gegenteil beweisen. Das würde ein wirklicher Grund zum Feiern sein.

Die Umfrage konfrontiert die Israelis nicht nur mit ihrer Gegenwart, sondern auch mit ihrer Zukunft. Dies scheint das Hauptziel der Leiter dieser Umfrage zu sein. Sie sagt ihnen: Ihr wollt Siedlungen, Besatzung; ihr wollt Netanjahu und ihr habt nichts getan für die Zwei-Staatenlösung, und die ist tot. Lasst uns sehen, was es für eine Alternative gibt.

Wie jedes Kind weiss, ist die Alternative ein Staat. Ein Staat? die meisten Israelis sagen, es wird ein Apartheidstaat, doch tun sie nichts, um ihn zu verhindern. Einige von ihnen wünschen ihn sogar. Sie fragen sich nicht einmal, wohin gehen wir? Wohin werden wir geführt? Wie sieht die Vision für die nächsten 10, 20 Jahre aus? Nun, wenn alles gut geht, wenn alles so weiter geht wie bisher, wissen die Israelis die Antwort und es ist tatsächlich eine bittere.

Bis dahin ist das Image von Israel 2012 folgendes: Wir wollen keine Araber, keine Palästinenser, keine Gleichheit – und zur Hölle mit dem Resten.

Werte – Schmeichelei, Moral – Schmorral (das «Schm» vor dem Wort bedeutet im Hebräischen, es hat keinen Wert) Demokratie und Völkerrecht – das ist etwas für Antisemiten, nicht für uns. Wir werden wieder Netanjahu wählen, davon sprechen, dass wir die einzige Demokratie im Nahen Osten sind und klagen, dass die ganze Welt gegen uns ist.

(Übersetzung aus dem Englischen: Ellen Rohlf. Quelle: «Apartheid without shame or guilt», in Haaretz, 23.10.2012)

Die Vereinigung Schweiz-Vietnam wird 30

Solide solidarisch

Von Anjuska Weil

Vietnam ist mehr als eine Tourismusdestination und mehr als jener schreckliche Krieg, welcher das Land im letzten Jahrhundert verwüstete. Integriert in die internationale Gemeinschaft, sucht Vietnam als aufstrebendes Entwicklungsland seinen eigenständigen Weg. Mit einer Bevölkerung von bald 90 Millionen Menschen hat Vietnam viele Gesichter. Die Städte mit ihrem quirligen Leben, das sanfte Grün der Reisfelder, die Zeugen Jahrtausende alter Kultur.

Diesem Vietnam ist die Vereinigung Schweiz-Vietnam verbunden. 1982 als Zusammenschluss jener gegründet, denen die Solidarität mit Vietnam über die politische Konjunktur hinaus ein Anliegen war und ist, setzt die VSV sich heute folgende Schwerpunkte.

Die Entwicklungen in Vietnam fordern immer wieder zu Reflektion und Diskussion heraus. Es ist wichtig, den Blickwechsel bewusst vorzunehmen und der vietnamesischen Sichtweise Raum zu geben, diese zu dokumentieren und zu versuchen, sie zu verstehen. Welches sind die Ansprüche einer Politik, die nach wie vor sozialistische Ziele anstrebt, und wie werden diese umgesetzt? Wie gross sind die Handlungsspielräume eines Landes wie Vietnam im globalisierten Markt und wie werden diese genutzt? Was sind die Träume, wie die Lebensverhältnisse der Menschen?

Solidarität vernetzen

Über die Jahre ist eine vertiefte Sachkenntnis erarbeitet worden und wertvolle Kontakte mit vietnamesischen Partnerinnen und Partnern sind auf verschiedenen Ebenen gewachsen. Dies alles ermöglicht es, nebst den Mitgliedern auch Studierenden und anderen Interessierten Informationen weiter zu geben und Türen zu öffnen. Zudem organisiert die VSV Studienreisen. Die nächste soll im März 2013 stattfinden.

In ihrer Publikation, dem Hoa Binh (Frieden) und auf ihrer Website informiert die VSV über aktuelle Themen, ihr Archiv dient als kollektives Gedächtnis.

All dies ist jedoch nicht Selbstzweck, daher steht nicht das Vereinsleben im Zentrum der Tätigkeit der Vereinigung Schweiz-Vietnam. Vielmehr will die VSV mit ihren Schwerpunkten präsent sein und wo möglich engagierte Leute vernetzen.

Obschon sich Vietnam Schritt für Schritt aus der Armut herausarbeitet, bleibt noch sehr viel zu tun. Die VSV leistet diesbezüglich ihren ganz spezifischen Beitrag. Sie hat das 2005 auf privater Basis begonnene Mikrokreditprogramm für alte Menschen in der Region Hue adoptiert und führt dieses Pilotprojekt in enger Zusammenarbeit mit ihrer Partnerorganisation CASCD (Center for Aging Support and Community Development) sowie den lokalen Behörden weiter.

Gerechtigkeit Dioxin-Opfer

«Kriege enden nicht, wenn keine Bomben mehr fallen und die Kämpfe aufgehört haben. Die Zerstörungen dauern viel länger an, in der Landschaft ebenso wie im Gedächtnis und in den Körpern der Menschen.»

Die US-Armee hat von 1961–1971 80 Millionen Liter chemischer Produkte über Vietnam versprüht, davon 45 Millionen Liter Agent Orange, welche gegen 400kg Dioxin enthielten, eines der gefährlichsten Gifte überhaupt. Millionen von Hektaren Wald sind so zerstört worden. 4,8 Millionen Menschen waren von den Sprühflügen betroffen. Allein in Vietnam haben drei Millionen gesundheitliche Schäden erlitten, unter ihnen Hunderttausende von Kindern, die mit Missbildungen geboren wurden, inzwischen bereits in der 2. und 3. Generation. Dazu kommen die Opfer in Laos und Kambodscha.

Zusammen mit dem Vietnamesischen Verein der Opfer von Agent Orange VAVA und engagierten Organisationen rund um den Globus verlangt die Vereinigung Schweiz-Vietnam Gerechtigkeit, d.h. Anerkennung der Schuld durch die Verantwortlichen und finanzielle Mittel, um den Betroffenen ein würdiges Leben zu ermöglichen.

Vereinigung Schweiz-Vietnam
Postfach 8164, 8036 Zürich, www.vsv-asv.ch, Postkonto 80-42705-3

30 Jahre Vereinigung Schweiz-Vietnam
30 Jahre Solidarität

Wir feiern am Freitagabend, den 7. Dezember 2012 ab 18.00 Uhr im Gemeinschaftszentrum Riesbach, Seefeldstrasse 93, 8006 Zürich (Tram 2 und 4 bis Haltestelle Feldeggstrasse oder Höschgasse).

Program

18.00 Uhr Türöffnung

ab 18.30 Uhr **Vietnamesisches Abendessen**
(Bitte Teilnahme anmelden unter info@vsv-asv.ch oder 044 462 20 03)

20.00 Uhr **Konzert**
«Vietnam – les enfants de la douleur»

ca. 22.00 Uhr **Dokumentarfilm**
«Orléans Sam und Orléans Ho»

Fotoausstellung
«Kriege enden nicht, wenn keine Bomben mehr fallen»

Kunsthandwerk, Seide, Bücher

Eintritt zum Konzert frei, Kulturelle zur Deckung der Kosten und zu Gunsten unserer Projekte.

Dieser UW liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir danken!